Stand: 06.10.2026 14:56:51

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/12492

"Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften hier: Demokratische Weiterentwicklung des Landeselternbeirats, Stärkung der Unabhängigkeit (Drs. 19/11801)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/12492 vom 22.06.2026
2. Beschluss des Plenums 19/13054 vom 22.07.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 86 vom 22.07.2026

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 22.06.2026 **Drucksache** 19/**12492**

Änderungsantrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Nicole Bäumler, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
hier: Demokratische Weiterentwicklung des Landeselternbeirats, Stärkung der Unabhängigkeit
(Drs. 19/11801)

Der Landtag wolle beschließen:

§ 1 Nr. 17 wird wie folgt gefasst:

‚17. Art. 14a wird Art. 13 und wird wie folgt gefasst:

„Art. 13

Landeselternbeirat

(1) [1]Beim Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (Staatsministerium) besteht ein Landeselternbeirat. [2]Die Geschäftsführung obliegt dem Landeselternbeirat.

(2) [1]Der Landeselternbeirat vertritt die Anliegen der Eltern und berät das für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege zuständige Staatsministerium in wichtigen Fragen der frühkindlichen Bildung, durch die Belange der Eltern berührt werden. [2]Der Landeselternbeirat unterstützt das Staatsministerium ferner durch Beratung bei Fragen der Bedarfsplanung. [3]Das Staatsministerium bezieht den Landeselternbeirat in geeigneter Weise bei Fragen der Fortentwicklung der Kindertagesbetreuung in Bayern ein. [4]Das Staatsministerium informiert und hört den Landeselternbeirat an, bevor wichtige Entscheidungen in Fragen der Kindertagesbetreuung getroffen werden.

(3) [1]Der Landeselternbeirat soll durch seine Mitglieder die Einrichtungsvielfalt auf Landesebene sowie die Angebotsvielfalt in Stadt und Land widerspiegeln. [2]Auf ein ausgewogenes Verhältnis der Geschlechter ist zu achten.

(4) [1]Dem Landeselternbeirat gehören 20 Mitglieder an, von denen eines den Vorsitz führt. [2]Die Mitglieder werden von den Elternbeiräten nach Art. 12 für die Dauer von drei Jahren gewählt. [3]Wählbar sind Elternbeiräte nach Art. 12 Abs. 1 oder Eltern, deren Kind in der Kindertagespflege betreut wird. [4]Die erneute Wahl eines Mitglieds ist einmalig zulässig. [5]Die Mitglieder können ihr Amt jederzeit niederlegen. [6]Die Mitglieder üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.“ ‘

Begründung

Der Landeselternbeirat soll die Interessen der Eltern gegenüber der Staatsregierung vertreten und diese in Fragen der frühkindlichen Bildung aus Elternperspektive beraten.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Eine glaubwürdige und unabhängige Interessenvertretung setzt voraus, dass die Mitglieder durch die Eltern selbst bestimmt werden – und nicht durch das Staatsministerium berufen werden, dem gegenüber sie diese Interessen vertreten sollen.

Der Gesetzentwurf verschlechtert die bisherige Regelung in diesem Punkt erheblich. Bisher wurden die Mitglieder auf Grundlage von Vorschlägen der im Bereich der Kinderbetreuung tätigen Verbände berufen. Künftig soll das Staatsministerium die Mitglieder unmittelbar und ohne Vorschlagsrecht der Verbände bestimmen. Dies schwächt die Unabhängigkeit des Landeselternbeirats weiter, anstatt sie zu stärken – obwohl Petition und parlamentarische Beratungen zuletzt deutlich gemacht haben, dass das bisherige Verfahren bereits Defizite bei Transparenz, Repräsentation und demokratischer Legitimation aufweist. Selbst die Regierungsfraktionen haben die Staatsregierung aufgefordert, das Verfahren demokratischer auszugestalten und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Eltern zu stärken.

Stattdessen sollten die Mitglieder des Landeselternbeirats durch Elternbeiräte gewählt werden. Die Mitgliederzahl sollte zudem bei 20 Personen liegen – so kann die Einrichtungsvielfalt besser abgebildet werden, wie der Landeselternbeirat in der Anhörung zum Gesetzentwurf selbst gefordert hat. Die Geschäftsführung sollte beim Landeselternbeirat selbst liegen und nicht beim Staatsministerium, um die Unabhängigkeit des Gremiums zu sichern. Zur Stärkung der Beteiligungsrechte sollte das Staatsministerium den Landeselternbeirat informieren und anhören, bevor wichtige Entscheidungen in Fragen der Kindertagesbetreuung getroffen werden. Damit wird der Landeselternbeirat zu einer eigenständigen, demokratisch legitimierten und glaubwürdigen Vertretung der Elterninteressen in Bayern gestärkt.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 22.07.2026 **Drucksache** 19/**13054**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

1. **Änderungsantrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)**
   Drs. 19/**12491**, 19/**12930**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
   hier: Keine Schwächung der Mitwirkungs- und Mitspracherechte von Elternbeiräten
   (Drs. 19/11801)

   Ablehnung

2. **Änderungsantrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)**
   Drs. 19/**12492**, 19/**12930**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
   hier: Demokratische Weiterentwicklung des Landeselternbeirats, Stärkung der Unabhängigkeit
   (Drs. 19/11801)

   Ablehnung

3. **Änderungsantrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)**
   Drs. 19/**12493**, 19/**12930**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
   hier: Funktionsstellenpauschale an Träger auszahlen, bewährte Strukturen beibehalten
   (Drs. 19/11801)

   Ablehnung

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Drs. 19/**12494**, 19/**12930**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
hier: Gesetzliche Verankerung und Erhöhung der Gewichtungsfaktoren
(Drs. 19/11801)

Ablehnung

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Drs. 19/**12495**, 19/**12930**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
hier: Beitragszuschuss erhalten, erhöhen und auf alle Betreuungsformen ausweiten
(Drs. 19/11801)

Ablehnung

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Drs. 19/**12496**, 19/**12930**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
hier: Evaluation des Gesetzes nach drei Jahren
(Drs. 19/11801)

Ablehnung

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Drs. 19/**12497**, 19/**12930**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
hier: Verbesserung des Anstellungsschlüssels
(Drs. 19/11801)

Ablehnung

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Drs. 19/**12498**, 19/**12930**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
hier: Tarifstruktur im Basiswert besser abbilden
(Drs. 19/11801)

Ablehnung

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Drs. 19/**12499**, 19/**12930**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
hier: Qualitätsbonus dynamisieren, Kitafinanzierung langfristig sicherstellen
(Drs. 19/11801)

Ablehnung

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Drs. 19/**12503**, 19/**12930**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
hier: Kinderschutz weiterhin im BayKiBiG gesetzlich verankern
(Drs. 19/11801)

Ablehnung

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Drs. 19/**12504**, 19/**12930**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
hier: Erhalt der bisherigen Rahmenbedingungen für die Kindertagespflege
(Drs. 19/11801)

Ablehnung

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Drs. 19/**12505**, 19/**12930**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
hier: Sprachniveau bei Aufnahme der Tätigkeit
(Drs. 19/11801)

Ablehnung

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 19/**12541**, 19/**12930**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und betreuungsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
hier: Elternbeiträge landesweit festlegen und sozial staffeln, Tages- und Großtagespflege weiterhin kommunal mitfinanzieren und Fachgremium für Kinderbildung und -förderung einrichten
(Drs. 19/11801)

Ablehnung

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u. a. und Fraktion (AfD)

Drs. 19/**12609**, 19/**12930**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
(Drs. 19/11801)

Ablehnung

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u. a. und Fraktion (AfD)

Drs. 19/**12610**, 19/**12930**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
(Drs. 19/11801)

Ablehnung

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u. a. und Fraktion (AfD)

Drs. 19/**12611**, 19/**12930**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Drs. 19/11801)

Ablehnung

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u. a. und Fraktion (AfD)

Drs. 19/**12612**, 19/**12930**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Drs. 19/11801)

Ablehnung

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u. a. und Fraktion (AfD)

Drs. 19/**12613**, 19/**12930**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Drs. 19/11801)

Ablehnung

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u. a. und Fraktion (AfD)

Drs. 19/**12614**, 19/**12930**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Drs. 19/11801)

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann
Abg. Melanie Huml
Abg. Franz Schmid
Abg. Anton Rittel
Abg. Johannes Becher
Abg. Thomas Huber
Abg. Felix Locke
Abg. Doris Rauscher
Staatsministerin Ulrike Scharf

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Drs. 19/11801)
- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge der SPD-Fraktion
(Drsn. 19/12491 mit 19/12499 und 19/12503 mit 19/12505)
Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Drs. 19/12541)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion
(Drsn. 19/12609 mit 19/12614)
Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER
(Drsn. 19/12752 und 19/12917**)**

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
hier: Rechts- und Planungssicherheit für Tages- und Großtagespflege - Art. 20 und 20a erst zum Ende des Kita-Jahres aufheben (Drs. 19/12947)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
hier: Beitragszuschuss zum Elternbeitrag erhalten (Drs. 19/12978)

Ich gebe Ihnen noch bekannt, dass zu dem zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/12497 sowie zu dem zum Plenum ein-

gereichten Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/12978 jeweils namentliche Abstimmung beantragt wurde.

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erste Rednerin ist die Kollegin Melanie Huml für die CSU-Fraktion. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Melanie Huml (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute in Zweiter Lesung einen Gesetzentwurf, der für Bayern von großer Bedeutung ist. Es geht um das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz. Es geht um die Grundlage unserer Kinderbetreuung, um Kinder, die gut begleitet, gefördert, gestärkt werden sollen. Es geht um Eltern, die verlässliche Betreuung brauchen, um die Beschäftigten, die Tag für Tag in den Kitas Großartiges leisten. Es geht um Träger und Kommunen, die vor Ort Verantwortung tragen, dafür aber auch verlässliche Rahmenbedingungen benötigen. Kurz gesagt: Es geht um die Frage, wie wir frühkindliche Bildung in Bayern zukunftsfest aufstellen.

Das BayKiBiG selbst ist schon seit zwanzig Jahren in Gebrauch und ist ein bisschen in die Jahre gekommen. Es ist auch so, dass sich vieles verändert hat bei den Rahmenbedingungen: Wir haben heute mehr Kinder in Betreuung; es werden längere Betreuungszeiten von den Familien benötigt; es sind vielfältige Bedarfslagen, mehr Sprachförderung, mehr Inklusionsaufgaben, höhere Kosten und zugleich große Herausforderungen auch bei Fachkräften und Personal. Das heißt, es ist ganz schön viel Druck im Kessel, wenn man das so sagen darf. Daher ist es notwendig, dass wir das BayKiBiG einem Update unterziehen. Dieser Gesetzentwurf der Staatsregierung ist deswegen richtig und auch notwendig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Entwurf verfolgt zwei zentrale Ziele: Erstens. Der Freistaat erhöht die staatliche Betriebskostenförderung massiv. Im Endausbau steigt die staatliche Betriebskostenförderung einseitig, das heißt, nur durch den Staat, um rund 25 %. Das heißt, der

Staat erhöht seinen Anteil, ohne dass wir eine kommunale Kofinanzierung verlangen. Es ist richtig: Dafür wird das Familiengeld und das Krippengeld investiert, aber es wird wieder investiert in die Betreuung für die Familien. Das ist der entscheidende Punkt. Das Geld bleibt für die Familien im System. Das ist mir an der Stelle ganz wichtig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben im Jahr 2026 bereits 280 Millionen Euro zusätzlich bezahlt, das heißt, rund 10 % mehr staatliche Förderung. Im Endausbau fließen knapp 800 Millionen Euro zusätzlich in die Kindertagesbetreuung. Zusammengerechnet sind das bis 2030 fast 3 Milliarden Euro zusätzlich. Das ist ein erheblicher finanzieller Kraftakt, und das Geld bleibt bei den Familien. Ich möchte das noch mal so deutlich sagen. Der Freistaat zieht sich also mitnichten zurück, auch wenn die Opposition das immer wieder gerne fokussiert. Nein, das Geld bleibt bei den Familien.

Zweitens. Nicht nur der finanzielle Aspekt, sondern auch der zweite Aspekt ist uns wichtig: Es ist vereinfacht und entbürokratisiert. Es ist ein Fördersystem gewesen, wo immer wieder auch Nebenförderungen und zusätzliche Bedarfe dazugekommen sind. Das wird hier entschlackt. Die Reform führt daher zu mehr Verlässlichkeit, zu einfacheren Strukturen. Auch das ist ein Kern dieses Gesetzentwurfs.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie mich das an einem Punkt, an einem zentralen Instrument ganz deutlich machen: am Qualitätsbonus. Für den Qualitätsbonus hat der Freistaat Bayern im Jahr 2025 80 Euro ausgegeben. Er steigt schrittweise auf 858 Euro, das ist also eine Verzehnfachung des Qualitätsbonus. Das heißt, dass hier vor Ort noch mal mit mehr Geld gearbeitet werden kann. Übrigens: 2026 ist er schon deutlich gestiegen auf 268 Euro. Mehr Geld vor Ort bedeutet aber auch, dass mehr Spielraum ist für Investitionen, möglicherweise für mehr Personal, vielleicht auch für eine Stabilisierung des Elternbeitrags usw. Das möchte ich noch mal ganz deutlich sagen. Der Qualitätsbonus ist das zentrale Instrument, über das die Förderung läuft. Er steigt von 80 Euro auf

dann 858 Euro. Um das noch mal ganz deutlich zu sagen: Hier wird wirklich mehr Geld investiert.

Auch der Elternbeitragszuschuss, der bisher bei 100 Euro liegt, fließt dann in diesen Qualitätsbonus. Ja, manche Eltern – das war die sehr intensive Diskussion der letzten Wochen – hatten Sorge, dass dieser Elternbeitragszuschuss, diese 100 Euro verschwinden. – Mitnichten. Der Weg ist ein anderer. Die 471 Millionen Euro, die dieser Elternbeitragszuschuss im Jahr 2027 ergibt, fließen weiterhin in das System. Sie werden aber jetzt als Qualitätsbonus geführt. Das möchte ich noch mal ganz deutlich sagen.

Das war uns auch sehr wichtig. Ich und wir alle im Ausschuss von der CSU und den FREIEN WÄHLERN haben die Sorgen der Eltern, dass wir diese 100 Euro nicht mehr sichtbar haben, berücksichtigt. Bisher war das häufig auf den Abrechnungen, der Elternbeitragszuschuss minus 100 Euro als Zuschuss vom Freistaat. Das heißt nicht, dass es dieses Geld vom Freistaat nicht mehr gibt. Dieses Geld gibt es weiter vom Freistaat. Im Jahr 2027 sind das 471 Millionen Euro. Die fließen weiter, aber sie fließen in den Qualitätsbonus.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der AfD)

Es ändert sich also der Weg der Förderung, die Mittel fließen weiter. Ich bin da auch den Kollegen aus der jungen Gruppe der CSU, sei es Josef Heisl, sei es Daniel Artmann, sehr dankbar, auch von den FREIEN WÄHLERN Julian Preidl, die explizit einen Änderungsantrag eingebracht haben, in dem sie fordern, dass es sichtbar wird und bleibt. Das ist hier ganz wichtig.

Wir haben die Teamkräftepauschale, wo es um die Förderung von nichtpädagogischem Personal geht. Sie wird verankert, verstetigt. Die helfenden Hände: Sie kennen alle – das hören wir ganz oft, wenn wir vor Ort in den Kitas sind – die Aussage, man braucht doch noch mehr Unterstützung. Das pädagogische Personal will sich um die Bildung der Kinder kümmern. Es gibt Verwaltungsaufgaben und haushaltswirtschaftli-

che Aufgaben, wo sie sagen, das müssen wir doch nicht machen, da ist es doch gut, wenn wir zusätzlich Personal haben. Das führt dann eben auch zur Entlastung.

Wenn auch von der Opposition in Änderungsanträgen gefordert wird, den Anstellungsschlüssel zu verbessern, so gilt doch: Wir haben in Bayern im Moment bereits einen durchschnittlichen Anstellungsschlüssel von 1 : 9,06. 1 : 11,0 ist verpflichtend. Wir wollen den Schlüssel auch in dieser Situation so halten. Ich will nicht, dass eine Kita schließen muss, wenn kein Personal vor Ort ist, nur weil der Schlüssel vielleicht dann so streng ist, dass er uns fesselt. Deswegen haben wir diesen Änderungsantrag, obwohl wir uns freuen, wenn mehr Personal vor Ort ist, deswegen auch diese Teamkräftepauschale. Deswegen wollen wir hier auch mehr Verlässlichkeit haben, aber eben nicht über den Weg des Anstellungsschlüssels. Der ist im Durchschnitt heute in Bayern wirklich schon sehr gut. Aber wir wollen auch, dass das pädagogische Personal Entlastung findet über die Teamkräfte. Das ist der Weg, den wir hier sehen. Den wollen wir weitergehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zur Reform gehört auch eine Neuordnung der Kindertagespflege. Hier geht es darum, dass wir einiges deregulieren und pauschalieren wollen. Hier soll es auch mehr Geld geben. Es fließen rund 45 Millionen Euro jährlich. Auch hier ein Wort zur Großtagespflege: Wir haben uns sehr genau angeschaut, ob wir für die Großtagespflege eine Übergangsfrist aufnehmen. Das wäre durchaus sympathisch gewesen, aber wir hätten dann einfach Doppelstrukturen, die länger laufen. Deswegen haben wir uns dafür entschieden, dass die Großtagespflege schon zu diesem Zeitpunkt gleich mit in die Änderung hineinkommt. Wir sind aber weiterhin für Gespräche offen, wenn wir merken, dass eine Betreuungsform, die wir durchaus für notwendig halten, zu sehr in Gefahr geraten sollte.

Ich kann nur sagen, diese Reform, die wir jetzt auf den Weg bringen, ist eine wichtige Reform. Starke Kinder brauchen starke Kitas. Starke Kitas brauchen verlässliche Strukturen. Das schaffen wir mit dem Gesetz.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Kollegin, die Redezeit ist zu Ende.

Melanie Huml (CSU): Gute Kindertagesbetreuung gelingt aber nur gemeinsam mit dem Freistaat, mit den Kommunen, mit den Trägern, mit den Beschäftigten und mit den Eltern. Dafür stehen wir.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Nächster Redner für die AfD-Fraktion ist der Abgeordnete Franz Schmid. Bitte schön, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Franz Schmid (AfD): Sehr geehrter Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Zum Gesetzentwurf wurde schon einiges gesagt. Wir haben schon im Ausschuss lange darüber diskutiert. Es ist aber noch nicht angeklungen, dass es wirklich die wichtigste Reform in dieser Legislaturperiode ist.

Die frühkindliche Bildung ist von unschätzbarem Wert. Was in den ersten Lebensjahren versäumt oder nicht ermöglicht wird, prägt den gesamten weiteren Bildungsweg eines Kindes. Hier entscheidet sich, ob Talente entdeckt, Chancen eröffnet und Kinder stark für ihr Leben gemacht werden. Wir waren es, die Frau Becker-Stoll vom Staatsinstitut für Frühpädagogik und Frau Heße vom BLLV an den Tisch geholt haben. Wir wollten deutlich machen, welche Aufgabe die Kinderbetreuung in Bayern hat, welche Weichen sie stellt und welche Schlüsselrolle ihr zukommt. Es geht nicht nur um einen guten Start in die 1. Klasse, sondern um Sozialkompetenz für das restliche Leben.

In diesem Gesetz fehlt dieser Anspruch leider komplett. Woher sollen denn die Ingenieure von morgen kommen – aus einer Kita, die es nicht einmal mehr schafft,

Sprachkompetenzen zu vermitteln? Warum ist das so? Weil es mehr Kinder unter drei Jahren, mehr Kinder mit Migrationshintergrund und mehr Kinder mit drohender Behinderung gibt. Personal fehlt ständig, und der Dauerstress ebbt nie ab. In den letzten Monaten haben wir noch einmal deutlich gemacht, welchen Druck die Erzieherinnen und Erzieher haben und an welcher körperlichen Belastungsgrenze sie sind. Nicht ohne Grund verlässt jede fünfte Erzieherin ihren Job, und das für immer.

Verbesserungen im Gesetzentwurf sind Fehlanzeige. Es wird etwas Bürokratie abgebaut, aber das war es schon. Statt mehr Mittel ins System zu geben, wurde einfach nur umgeschichtet. Als wäre das alles noch nicht genug, nehmen Sie in Kauf, dass Tausende von Familien in Bayern zukünftig noch höhere Beiträge als eh schon für die Kita bezahlen müssen. Der 100-Euro-Zuschuss ist weg;

(Thomas Huber (CSU): Er ist nicht weg!)

Da hilft es auch nicht, wenn Sie im Gesetz gesondert ausweisen, an welcher Stelle er jetzt steht. Im Geldbeutel ist er auf jeden Fall nicht.

(Michael Hofmann (CSU): Er hat offenbar keine Ahnung, wie sich das berechnet!)

Ihre Bilanz: Familiengeld weg, Krippengeld weg, Pflegegeld halbiert, beim Baukinderbonus 2.500 Euro weniger und jetzt auch noch der 100-Euro-Zuschuss.

Wir haben immer wieder konstruktive Vorschläge gebracht, weil es uns um die Menschen und um die Familien im Land geht. Wir sehen die Probleme der Regierung, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Anders als GRÜNE und SPD haben wir mit einer Deckelung der Kitagebühren einen fairen Kompromiss gesucht, um Familien zu schützen.

(Widerspruch des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Dabei sehen wir eine Obergrenze von 195 Euro für Kinder unter drei Jahren und 150 Euro für ältere Kinder bei einer Betreuung von dreißig Wochenstunden vor. Für

uns markiert das die Grenze dessen, was Familien für einen Halbtagsplatz noch zugemutet werden kann. Wie soll eine Familie mit einem Krippenkind und einem Kindergartenkind dauerhaft mehr als 350 Euro im Monat für Kinderbetreuung aufbringen? Für viele Familien rechnet sich unter diesen Voraussetzungen selbst eine Teilzeitbeschäftigung eines Elternteils kaum noch.

Wie Sie mit den Bürgern umgehen, zeigt bereits Ihre Kommunikation. Familien- und Krippengeld werden nicht deshalb umgeleitet, weil es sinnvoll wäre, sondern weil das Geld ausgeht. Auch den 100-Euro-Zuschuss wollte man nicht mehr aus Landesmitteln zahlen, nachdem der Bund die Finanzierung strich.

(Thomas Huber (CSU): Das ist einfach nicht richtig!)

Im Qualitätsbonus taucht das Geld dann plötzlich wieder auf. In Summe betreiben Sie wie Ihre Kollegen aus dem Bundestag den Ausverkauf unserer Familien in einer Zeit, in der immer weniger Kinder geboren werden. Dann wundern Sie sich, warum sich die Menschen im Land von Ihnen abwenden?

Wir hätten uns bei der Reform Folgendes gewünscht: mehr Fokus auf die direkte pädagogische Arbeit mit dem und am Kind, eine direkte und spürbare Entlastung der Eltern bei den Beiträgen, statt neuer Minikitas die stärkere Unterstützung der bereits vorhandenen Tagesmütter, die Fachkraftklausel, da unsere pädagogische Ausbildung Weltklasse ist, und die Sensibilisierung für Sprachkenntnisse beim Personal, da sprachliche Bildung die Grundvoraussetzung für alles ist.

All das wollten Sie nicht und haben unsere Änderungsanträge abgelehnt. Deshalb lehnen wir auch den Gesetzentwurf ab. Kinderbetreuung darf nicht zur bloßen Aufbewahrung verkommen, nur damit Mütter möglichst schnell wieder dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, weil Sie unser Sicherungssystem verkauft haben und die Erziehungsleistungen in der Rente keine Rolle mehr spielen. Ein aktuelles Beispiel dafür kommt aus Augsburg:

Die "Rieser Nachrichten" berichten am 16. Juli über eine Familie aus Nördlingen mit drei Kindergartenkindern. Heute erhält die Familie für jedes Kind den gesetzlichen Beitragszuschuss von 100 Euro. Fällt dieser verbindliche Zuschuss weg und wird nicht mehr an die Eltern weitergegeben, wie Ihr Gesetzentwurf das vorsieht, bedeutet das 300 Euro Mehrkosten im Monat und damit 3.600 Euro mehr im Jahr. Die Mutter erklärt, sie habe bereits darüber nachgedacht, ihre Arbeitszeit zu verringern, um die Kinder kürzer in die Kita zu geben und Geld zu sparen, weil sie die Mehrbelastung eben nicht erbringen kann. Gleichzeitig berichtet die Stadt Nördlingen, dass die Unsicherheit über den Wegfall des Zuschusses bereits zu geringeren Buchungen in der Kita geführt hat und sogar geplante Kita-Erweiterungen deswegen gestoppt werden mussten.

(Thomas Huber (CSU): Das ist so ein Quatsch!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, auch Ihre Redezeit ist zu Ende.

Franz Schmid (AfD): Das zeigt: Ihre Reform verunsichert Familien schon heute, noch bevor sie überhaupt in Kraft getreten ist.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Anton Rittel für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei meinem Vorredner sieht man, dass hier über dieses Gesetz leider Gottes viele Unwahrheiten und Lügen verbreitet werden. Das stimmt alles nicht. Das muss man ganz klar und deutlich sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das ist Desinformation. Sie stellen sich da vorne mit Desinformation, mit Unwissenheit hin und machen große Sprüche. Das finde ich nicht richtig. Das ist ganz klar nicht richtig.

Ich muss erst einmal das Ministerium für die gute Zusammenarbeit loben, auch wenn es am Anfang ein bisschen holprig war, aber wir wollen nicht von der Vergangenheit reden, sondern wie in dem Gesetz über unsere Zukunft. In letzter Zeit haben die Kommunikation und die Zusammenarbeit sehr gut geklappt; das will ich gleich als Erstes hier erwähnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Anna Rasehorn (SPD): In den letzten zwei Tagen!)

Wir brauchen das neue BayKiBiG, weil wir in die Zukunft schauen. Wir wollen das Geld nicht mehr nach dem Gießkannenprinzip verteilen, weil das jeder bekommt, ob er bedürftig ist oder nicht. Wir wollen nach zwanzig Jahren reformieren und das Geld in das System bringen, damit es den Kindern, auf die es uns ankommt, zugutekommt. Das ist das Wichtigste, und das geht über das System.

Als Nächstes wollen wir Bürokratie abschaffen. Wenn wir weniger Bürokratie haben, können wir mit dem Geld effizienter etwas anfangen, können wir wirtschaften. Weniger Bürokratie ist automatisch gleich mehr Geld, weil das nicht in die Verwaltung fließt.

Dann kommen wir zum Basiswert. Der Basiswert wird jährlich um circa 4 bis 4,5 % erhöht. Als Bezugsjahr muss man immer 2025 nehmen, bevor das BayKiBiG in Kraft tritt. Dazu gehört auch, dass die Buchungen, zu denen es jetzt nicht mehr kommt, und die Geburten, die zurückgehen, also die Meldungen zurückgehen, nicht auf das BayKiBiG zurückzuführen sind. Das muss man auch ganz klar und deutlich sagen. Wie der Kollege vorhin gesagt hat: Dass die Buchungen zurückgehen, hat mit dem BayKiBiG gar nichts zu tun. Bis zum 31. Dezember haben alle noch das Familiengeld bekommen. Jetzt haben die ihr Geld und bekommen jetzt auch schon Hilfen und Zuschüsse, also kommt momentan mehr Geld, als worüber immer geredet wird. Der

Basiswert kommt von 1.521 Euro im Jahr 2025 und wird auf circa 1.800 Euro im Jahr 2029 angehoben. Das muss man ganz klar sagen.

Der Qualitätsbonus steigt von knapp 80 Euro auf ungefähr 700 Euro im Jahr 2029. Man kann den Qualitätsbonus nicht für die nächsten Jahre festlegen, weil er immer neu berechnet wird; dadurch wird er ansteigen. So kommt wieder mehr Geld pro Kind ins System, als wenn man die 100 Euro pro Kind an die Eltern auszahlen würde.

Das Nächste ist die Teamkräftepauschale. 2027 werden 284 Millionen Euro an die Träger gehen. Das sind ungefähr 500 Euro pro Kitaplatz für die ersten 50 Plätze und für jeden weiteren Platz 167 Euro. Das sind 2028 rund 400 Millionen Euro. Somit kommen 700 Euro für die ersten 50 Plätze und 242 Euro ab dem 50. Platz. Der Sockel ist gut für kleine Einrichtungen, weil wir auch die kleinen Einrichtungen im ländlichen Raum stärken wollen; das gelingt uns dadurch. Das ist eine gute Sache, weil wir auch im ländlichen Raum unsere Kindergärten stützen und ihnen helfen wollen.

Im Gegensatz dazu ist von der Opposition ein Antrag gekommen, die Stützung und Finanzierung der kleinen Kindergärten abzuschaffen und nur noch die großen zu fördern.Das ist eine ganz klare Ansage gegen den ländlichen Raum, gegen die kleinen Einrichtungen, die aber für uns im ländlichen Raum sehr wichtig sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Widerspruch des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Ab 2023 wird die Teamkräftepauschale dynamisiert. Sie ist hauptsächlich dafür da, dass man nichtpädagogisches Personal fördern kann. Man darf nur nichtpädagogisches Personal fördern. Dadurch werden die pädagogischen Kräfte von dem entlastet, was sie bisher gemacht haben; denn nichtpädagogische Fachkräfte können Büroarbeiten oder sonstige Arbeiten machen.

Die Kindertagespauschale wird um 4 Millionen auf 45 Millionen Euro erhöht. Der Kinderschutz ist bei uns genauso wichtig, aber den brauchen wir nicht extra ins Ge-

setz zu schreiben. Warum? – Weil das über das Bundeskinderschutzgesetz geregelt ist. Jeder Kindergarten, der in Betrieb geht, muss ein Kinderschutzkonzept auflegen, sonst bekommt er gar keine Betriebserlaubnis.

Jetzt kommen wir noch mal zu den 100 Euro Elternbeitragszuschuss. Das Geld verschwindet nicht, sondern wir haben genügend Beispielrechnungen gemacht, dass die 100 Euro über den Qualitätsbonus kommen. Genau das, was wegfällt, kommt hinten dazu. Dazu kann ich mit jedem Beispielrechnungen machen. Das funktioniert, und das ist einfach so.

Man muss immer auf 2025 Bezug nehmen. Man darf nicht 2026 mit 2027 vergleichen, sondern immer mit 2025, bevor das BayKiBiG greift. Dann sehen wir, dass wir konstant immer einen Zuwachs haben.

Manche behaupten, dass 2027 ein Finanzierungsloch entsteht. Das entsteht nicht, weil wir das Geld schon 2026 auszahlen, weil wir das schon von 2027 auf 2026 vorgezogen haben. Wenn dann jemand meint, dass wir das nicht finanzieren, dann ist das die nächste Lüge, die hier verbreitet wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

– Moment, eines muss ich noch sagen: Wenn jemand sagt, dass wir weniger Geld ins System bringen, dann stimmt das nicht, weil wir nämlich die 6,5 Millionen Euro ins System führen, die wir normalerweise ins europäische Ausland überwiesen haben. Es sind zwar – in Anführungszeichen – "nur" 6,5 Millionen Euro –, aber die bleiben bei uns im System und werden bei uns für unsere Kinder investiert. Das ist mir persönlich ganz wichtig.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Jawohl, ich bin schon am Ende. Darum bitte ich um Zustimmung zu diesem guten Gesetz. Das ist für die Zukunft, das ist für unsere Kinder und – –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ihre Redezeit ist um. Sie bekommen aber noch zwei Minuten.

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Ja, danke!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo, Anton!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Wir haben zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung.

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Ich habe gehofft, dass eine kommt.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Die erste kommt vom Abgeordneten Franz Schmid, AfD-Fraktion.

Franz Schmid (AfD): Herr Kollege Rittel, ich möchte einmal zurückweisen, dass Sie sagen, wir hätten den Gesetzentwurf nicht verstanden oder wären da unwissend. Deswegen die Frage an Sie: Sie haben den Eltern öffentlich versprochen – Zitat –:

"Für uns FREIE WÄHLER steht fest: Wir wollen an den 100 Euro festhalten. Familien dürfen durch die Reform […] keine Nachteile haben."

Gleichzeitig hat der CSU-Abgeordnete Huber gesagt: Bei den FREIEN WÄHLERN habe es in dieser Frage – Zitat – möglicherweise auch eine gewisse Unwissenheit gegeben.

Was gilt nun, Herr Rittel? Haben Sie den Gesetzentwurf und seine Folgen für die Eltern damals nicht verstanden? Oder haben Sie die Eltern bewusst belogen, obwohl

Sie wussten, dass die verbindlichen 100 Euro Beitragsentlastung abgeschafft werden? Wer hat die Eltern getäuscht? Die CSU oder die FREIEN WÄHLER?

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Lieber Kollege, die 100 Euro – da sieht man, dass Sie das Gesetz einfach noch nicht verstanden haben – bleiben im System. Die 100 Euro kommen über den Qualitätsbonus. Wir können nachher eine Beispielrechnung aufmachen. Dann zeige ich Ihnen, wie das funktioniert, wie das ganz genau festzulegen ist, dass die 100 Euro im System bleiben.

Ein Kindergarten, ein Betreiber, ein Träger hat dann 2026 genauso viel Geld wie 2027.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Mehr!)

– Mehr sogar, ganz genau.

(Thomas Huber (CSU): Plus 12 %!)

– Plus 12 %. Dann soll einer sagen, wir bringen weniger Geld ins System. Das stimmt einfach nicht.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Das lassen wir so auch nicht stehen. Das kann man auch nicht stehen lassen, weil das Lügen sind, die verbreitet werden. Das muss man mal ganz klarstellen, weil einige das Gesetz nicht verstehen. Ich habe vielleicht auch lange gebraucht, aber ich glaube, mittlerweile verstehe ich es.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke.

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Nächste Frage!

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Johannes Becher, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Johannes Becher (GRÜNE): Herr Kollege Rittel, vielleicht verstehen es die Träger auch nicht. Wir hatten hier für dreieinhalb Stunden eine Expertenanhörung des Sozialausschusses. Darin saßen die Expertinnen und Experten, darin saß der Gemeindetag, darin saß der Städtetag, darin saßen diverse Träger von Kindertageseinrichtungen. Sie haben über die erheblichen Defizite berichtet, die sie seit sehr vielen Jahren haben, und dass es diese Reform benötigt, damit sie den Betrieb überhaupt fortsetzen können. Aber gleichzeitig werden die Elternbeiträge selbstverständlich steigen. Das ist mehrfach gesagt worden, von verschiedener Seite.

Dann frage ich mich: Wie kann man sich hierhinstellen und behaupten, dass die Elternbeiträge nicht steigen werden?

Die Defizite sind bei den Kommunen vorhanden, die Defizite sind bei den Kitas vorhanden. Wenn sie die Elternbeiträge nicht erhöhen, machen sie Insolvenz.

Außer, Herr Rittel, Sie sind gescheiter als alle anderen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Na, na, na!)

Dann rechnen Sie ihnen vor, warum die Experten in der Praxis das nicht können, aber Sie angeblich schon.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Herr Becher, da muss man ganz klar sagen: Sie können sich nachher mit Herrn Schmid an den Tisch setzen. Ich setze mich dazu, und dann rechnen wir das durch. Dann schauen wir, was dabei rauskommt. Das ist eine ganz klare Sache. Das können wir machen, das kann ich Ihnen beweisen. Da brauchen wir nicht nur zu reden, dafür gibt es Beweise, und das ist die Wahrheit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Thomas Huber (CSU): Außerdem haben das die Träger gar nicht gesagt!)

Man muss auch sagen: Man sieht, dass auch Sie das nicht verstanden haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben uns das in der Expertenanhörung sehr wohl zu Gemüte geführt. Wir haben uns das sehr gut angeschaut. Wir haben uns jeden Antrag angeschaut, was wir da machen. Eines muss man noch ganz klar sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Das habe ich noch nicht gesagt, aber ich habe ja noch 27 Sekunden Zeit: Wir haben für 2029 eine Evaluation angesetzt. Das ist auch sehr wichtig. Denn da kann man dann sagen: Okay, wenn man etwas ändern muss, dann kann man das noch ändern. Aber zuerst muss ich ein Gesetz doch mal einführen, muss das laufen lassen, muss schauen, wie sich das entwickelt.

(Johannes Becher (GRÜNE): Dann muss man es gleich gescheit machen!)

Wir sind der Meinung, dass das gut ist. Das ist auch gut, das wird die Zukunft beweisen. Ihr wollt immer Reformen haben, und dann wollt ihr nichts ändern.

(Johannes Becher (GRÜNE): Wozu macht man die Expertenanhörung?)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke, die Redezeit ist um.

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Johannes Becher für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Johannes Becher (GRÜNE): Das Familienland Bayern wird Stück für Stück abgewickelt. Was ist die Bilanz nach acht Jahren Markus Söder?

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU))

In acht Jahren Familiengeld eingeführt, Familiengeld abgeschafft, Krippengeld eingeführt, Krippengeld abgeschafft, Kinderstartgeld angekündigt, beworben, fast eingeführt, vor der Einführung abgeschafft, 100 Euro Kindergartengebührenzuschuss eingeführt, 100 Euro Kindergartengebührenzuschuss abgeschafft.

In acht Jahren vier Leistungen einführen und vier Leistungen abschaffen. Gibt es irgendeine Planungssicherheit für Familien in Bayern? – Null, meine Damen und Herren, null!

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Jedes Mal mehr Geld, das ist die Planungssicherheit, Herr Kollege!)

– Ja, mehr Geld. Mehr Geld! Es waren ja Milliardenbeträge, die aufgewendet wurden. Bis aufs Krippengeld waren alle anderen Leistungen vollkommen einkommens- und vermögensunabhängig. Jeder hat Geld bekommen. Mit zwei Händen hat man das Steuergeld quasi verteilt in Bayern.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): An die Familien!)

Jetzt stellt man fest: Das Geld ist nicht mehr da. Die Kitas waren über Jahre – über Jahre!, und sie sind es auch nach wie vor –, defizitär und unterfinanziert. Jetzt nimmt man alle Leistungen weg – übrigens auch für die Familien, die es dringend notwendig haben. Erst war für alle Geld da, jetzt ist für keinen mehr Geld da. Das ist so eine schlechte, inkonsistente Politik, das ist wirklich der Wahnsinn, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Immer schön an der Oberfläche bleiben! Nie ins Detail gehen!)

– Herr Kollege Hofmann, ich gehe da ins Detail; denn ich möchte eine Politik machen, die die Familien, die in Not sind, unterstützt. Das sind die armen Familien bei uns, und das sind die, die vielleicht mehrere Kinder haben und ein unterdurchschnittliches Einkommen, die es nicht so dicke haben. Die müssen wir unterstützen. Dafür müssen

wir Geld haben. Aber Sie haben erst Geld für alle gehabt, und jetzt haben wir für keinen mehr Geld.

(Michael Hofmann (CSU): Das ist Quatsch! Schauen Sie in den Haushalt rein!)

Das ist einfach eine unsoziale Politik, das stimmt halt einfach nicht. So kann man nicht arbeiten. Das ist Politik à la CSU und FREIE WÄHLER. Das überzeugt überhaupt nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Das ist ja tragisch!)

Dann sagt man jetzt: Das Geld bleibt im System. Viele Eltern haben mich gefragt: Bin ich Teil des Systems? – Sie wussten gar nicht, dass das Geld, das sie selbst bekommen haben, jetzt die Kitas bekommen, dass das ein System ist.

(Michael Hofmann (CSU): Weil ihr Quatsch erzählt!)

Niemand sei gezwungen, Elternbeiträge zu erheben.Natürlich ist es schon einmal positiv, dass Sie das Geld, das vorher die Eltern bekommen haben, jetzt nicht in den Straßenbau stecken. Diese Erwartung haben Sie erfüllt; aber ansonsten sagen wir hier seit Jahren, dass die Kindergärten unterfinanziert sind. Dass das Geld dort auch dringend gebraucht wird, das wissen im Übrigen auch viele Eltern. Ich gehöre nicht zu denen, die sagen: Alles muss umsonst sein. Das glaube ich auch nicht. Die Eltern sind bereit, einen vernünftigen Beitrag zu leisten, wenn sie ihn bezahlen können. Deswegen ist es für mich sozial gerecht, wenn jede Familie sich die Kita leisten kann, wenn die Qualität stimmt. Dann haben wir Gerechtigkeit geschaffen; aber wenn wir jetzt die Gebühr von der Gewerbesteuer abhängig machen, je nachdem, wie die Kommune das kann, dann erhebt sie die Gebühren, wie sie will, teilweise exorbitant. Die Bürgermeister stehen unter Druck, die Kitaleitungen stehen unter Druck, der Schwarze Peter wird anderen zugeschoben.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Ich glaube nicht, dass Sie mit dieser Politik irgendjemanden überzeugen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Kein Wort vom Qualitätsbonus!)

– Der Qualitätsbonus. Herr Hofmann, der Qualitätsbonus soll den Erwartungen entsprechen. Die Erwartung, die die CSU und die Ministerin wecken, besteht darin, dass der Qualitätsbonus die Qualität steigert, dass aus dem Qualitätsbonus die Defizite reduziert werden

(Michael Hofmann (CSU): Wie hoch ist er denn?)

und dass wegen des Qualitätsbonus die Elternbeiträge gleichbleiben. Die Erwartung ist, dass man einen Euro dreimal ausgeben kann. Das wird in der Praxis nicht passieren.

(Michael Hofmann (CSU): Ja, wie hoch ist er denn?)

Das wird in der Praxis nicht passieren. Der Kollege Rittel ist zwar gescheiter als alle anderen, aber in der Expertenanhörung saßen doch all die Träger und haben eindeutig gesagt: Wir werden den Elternbeitragszuschuss nicht eins zu eins ersetzen können, weil die Defizite so hoch sind, dass ansonsten die Hütte brennt. Da muss man doch einfach ehrlich sein und sagen: Mit dieser Politik steigen die Elternbeiträge, und wir müssen hoffen, dass die Kommunen es schaffen, das Schlimmste abzumildern. Das ist doch die Realität. Alles andere ist doch eine illusorische Erwartung, die geweckt wird, die aber leider nicht eintreten wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Sie hätten die Rede einem Fachmann überlassen sollen!)

– Waren Sie schon einmal im Sozialausschuss, Herr Kollege Hofmann? – Ich glaube nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Das Thema Kindertagespflege möchte ich noch ansprechen. Die Großtagespflegen werden nach Artikel 20a BayKiBiG gefördert. Diese Großtagespflegen wissen jetzt nicht, wie viel Geld sie zum 1. Januar 2027 haben. Das sind Arbeitgeber, das sind Großtagespflegen, die Betreuungsplätze anbieten und mit Eltern Verträge schließen. Da hängt es jetzt davon ab, was die Jugendhilfeausschüsse beschließen – das machen die im September und Oktober – und was die Gemeinden in ihrem Haushalt beschließen. Die Großtagespflegen sind vollkommen auf offener See, die haben Personal, die haben Mietverträge, und die wissen nicht, wie viel Geld sie am 1. Januar 2027 bekommen.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, die Redezeit ist um.

Johannes Becher (GRÜNE): Auch das ist eine Ungerechtigkeit, wie man hier mit der Tagespflege umgeht. Ich kann nur sagen: Familienland Bayern, das ist wirklich nur noch eine Verpackung. Schade drum, bitterer Tag heute.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Nur Sprechblasen wieder! Nur Sprechblasen!)

– Nur Zwischenrufe, nur Geblöke. Ich meine, da kann ich gleich zurückgeben.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor, die erste kommt vom Kollegen Thomas Huber für die CSU-Fraktion. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Thomas Huber (CSU): Lieber Herr Kollege, ich bin jetzt echt entsetzt über diese Lautstärke und über dieses Horrorszenario, das Sie hier verbreiten. Erstens waren Sie bei der Anhörung gar nicht dabei.

Johannes Becher (GRÜNE): Doch, ich habe dreieinhalb Stunden dort gesessen.

Thomas Huber (CSU): Lieber Kollege, wenn du dabei warst, –

(Unruhe)

Johannes Becher (GRÜNE): Ja, es ist so.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Thomas Huber (CSU): – dann frage ich mich, was du in diesen dreieinhalb Stunden getan hast.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Genau, was hat er gehört?)

Ich habe nämlich hier seitenweise mitgeschrieben, und ich zitiere jetzt –

Johannes Becher (GRÜNE): Bitte.

Thomas Huber (CSU): – namentlich Vertreter der einzelnen Trägerverbände. Frau Glawogger-Feucht vom Verband katholischer Kindertageseinrichtungen Bayern: Herr Huber, wir begrüßen das Gesetz ausdrücklich. – Herr Rumpff vom Evangelischen KITA-Verband Bayern: begrüßen die Umschichtungen, hilft uns weiter. – Frau Hahn von der Arbeiterwohlfahrt: Reform wird ausdrücklich begrüßt, geht in die richtige Richtung. – Dr. Auer von der Lebenshilfe Fürth: Die Reform hilft uns. – Frau Weihmayer vom Paritätischen in Bayern: Reform richtig und wichtig. – Frau Pätzel vom BRK: Reform wird ausdrücklich begrüßt.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Sie hatten eine Minute.

Thomas Huber (CSU): Frau Stein von – –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Sie können jetzt keine dreieinhalb Stunden wiedergeben.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wenn er anwesend war und nichts gehört hat! – Michael Hofmann (CSU): Dreieinhalb Stunden! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Dreieinhalb Stunden und nichts gehört!)

Thomas Huber (CSU): Danke für die Beteiligung am Prozess. Es gehört zur Wahrheit dazu.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Aber die Redezeit ist um.

Thomas Huber (CSU): Gestatten Sie mir noch einen abschließenden Satz.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die Redezeit ist um.

Thomas Huber (CSU): Es ist eine Zwischenbemerkung und keine Frage, ein abschließender Satz: Ist es richtig, dass durch die Reform die Beiträge nicht erhöht werden müssen? Und ist es richtig, dass, wenn es keine Reform gegeben hätte, –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Kollege, Sie sind jetzt wirklich eine halbe Minute drüber.

Thomas Huber (CSU): – die Beiträge angewachsen wären, die in den letzten Jahren schon hätten erhöht werden müssen?

Johannes Becher (GRÜNE): Zunächst einmal sind alle Zitate, die Sie gebracht haben, richtig. Warum ist das so? Ich verstehe die Träger vollumfassend, weil die seit vielen Jahren – im Übrigen ist das das, was die Kollegin Rauscher und ich hier auch immer darstellen – darüber berichten, dass sämtliche Träger massive Defizite und Schwierigkeiten haben. Deswegen haben sie auch Schwierigkeiten, die Qualität zu halten.

(Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Natürlich brauchen die Kitas dringend Geld, weil Sie sie jahrelang unterfinanziert haben. Das ist selbstverständlich. In dem Buch könnten aber auch noch die weiteren

Wortmeldungen drinstehen, die gesagt haben: Es ist illusorisch, dass man von diesem Geld, das die Träger brauchen, um ihre Defizite zu bezahlen, jetzt die Elternbeiträge ersetzt, die durch die 100-Euro-Regelung jetzt wegfallen. Das können die nicht machen. Auch das muss in dem Buch drinstehen, wenn man in den dreieinhalb Stunden aufgepasst hat, wovon ich ausgehe, Herr Kollege Huber.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Deswegen: Ja, das Geld brauchen die Kitas dringend, weil es lichterloh brennt. Sie brauchen es längst, und dieses Geld hätten sie auch schon lange haben können, wenn man all diese Transferleistungen einkommensabhängig gemacht hätte und nicht wirklich –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, die Minute ist um. Es folgt die zweite Zwischenbemerkung.

Johannes Becher (GRÜNE): – das Geld ohne Einkommens- und Vermögensabhängigkeit verteilt hätte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die zweite Meldung zu einer Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Felix Locke für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

Felix Locke (FREIE WÄHLER): Lieber Kollege Becher, ich möchte noch einmal feststellen: Nur weil man lauter redet, hat man nicht automatisch recht. Man kann das hier auch auf der sachlichen Ebene diskutieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Des Weiteren möchte ich versuchen, es auf der sachlichen Ebene – –

(Unruhe – Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

– Das gilt auch für die Zwischenrufe der Opposition. Das geht bitte nicht von meiner Redezeit ab.

(Anhaltende Unruhe)

Zum Zweiten möchte ich jetzt auf einer objektiven Ebene

(Glocke des Präsidenten)

mit Ihnen einmal über die Landeshauptstadt München diskutieren. Hier sagt der OB: Durch die BayKiBiG-Reform steigen die Beiträge der Bürgerinnen und Bürger in der Landeshauptstadt um mindestens 100 Euro. Jetzt schauen wir uns die Landeshauptstadt einmal an. Die hat bis jetzt durch den Zuschuss von 100 Euro die Kitabeiträge stabil gehalten und hat bewusst dort auch politisch Defizite gefahren, wohingegen ich zum Beispiel im kleinen ländlichen Kindergarten jetzt schon – abzüglich des Beitragszuschusses – 100 Euro pro Monat für meinen Sohn gezahlt habe. Jetzt sagen Sie mir bitte: Wer lügt denn hier jetzt?

(Zuruf)

Muss die Landeshauptstadt durch die Reform jetzt wirklich die Beiträge erhöhen? Oder fahren Sie aus politischen Gründen seit Jahren andere Defizite ein

(Michael Hofmann (CSU): Hört, hört!)

und versuchen jetzt aufgrund dieser Reform, –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, auch Ihre Minute ist abgelaufen. Ich glaube, die Frage ist angekommen.

Felix Locke (FREIE WÄHLER): – uns die verfehlte Politik der letzten Jahre einfach ans Bein zu binden? Das möchte ich von Ihnen jetzt hören.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Johannes Becher (GRÜNE): Realistische Antwort ist: Beide haben recht, sowohl die Ministerin – –

(Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

– Ich würde es noch erläutern. Sowohl die Ministerin als auch der Oberbürgermeister haben recht. Die Ministerin hat rechtlich betrachtet recht, weil es keine Verpflichtung gibt, die Elternbeiträge zu erhöhen. Das ist eindeutig so und steht auch im Gesetz nicht drin. Sie sprechen auch viel mit Kommunalpolitikern. Wenn ich mir die Einzelpläne 04 im Verwaltungshaushalt anschaue und weiß, wie da die Kosten explodieren, wenn ich weiß, in welcher Situation die Kommunen sind, dann ist es faktisch natürlich so, dass landauf, landab Kommunen in Bayern Riesenprobleme haben, ihre Haushalte auszugleichen und in der Realität gar nicht umhinkommen, die Gebühren der Eltern entsprechend anzuheben – nicht aufgrund der rechtlichen Verpflichtung, sondern aufgrund der faktischen schwierigen Situation, die die Kommunen in Bayern landauf, landab haben. Wenn man beim Bayerischen Städtetag oder beim Bayerischen Gemeindetag war und mit den Leuten spricht, dann weiß man, es ist so. Deswegen haben beide recht, und das wird im Ergebnis leider dazu führen, dass ab 1. Januar Elternbeiträge in Bayern im Kindergarten steigen. Das muss man auch so ehrlich sagen, und ich tue das. Sie wollen es nicht tun, aber es wird am 1. Januar so kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Doris Rauscher für die Fraktion der SPD. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Huber, das ist uns seit Langem klar: Die Kitas brauchen mehr Geld. Es brennt wirklich seit Langem lichterloh. Das ist keine neue Erkenntnis, und es ist doch ganz klar, dass die Träger diese Reform unterstützen, weil

mehr Geld zunächst einmal in die Säule der Betriebskostenförderung kommt; aber man muss auch erkennen: Dieses Geld wird aus der Säule der Familienförderung weggenommen, weil es in die Betriebskosten umgeschichtet wird. So bringt man eigentlich die ganze Gesetzesreform auf den Punkt.

Und: Die Ministerin hat bei der Vorstellung des Gesetzentwurfs von einem Bildungsboom in Bayern gesprochen. Jetzt wird die erste Raketenstufe gezündet, um unseren Kindern die besten Chancen mitzugeben; aber um es auf den Punkt zu bringen: Für unsere Kinder bringt diese Reform leider nichts.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt auch keine Verbesserung für die Fachkräfte, die jeden Tag in den Kindertageseinrichtungen arbeiten. Sie möchten ihrem Bildungsauftrag richtig gut nachkommen können, aber auch das wird ihnen in der jetzigen Situation erschwert.

Was soll ich also sagen? – Wir sehen keinen fulminanten Start. Wir sehen lediglich eine Fehlzündung Ihrer Rakete.

(Beifall bei der SPD)

Alles, was Sie zustande gebracht haben, ist eine bloße Finanzreform. Selbst die ist nur halbgar gelungen; denn was uns allen hier als großer Wurf verkauft wird, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als Taschenspielertrick. Ich verweise auf die Säulen der Betriebskostenförderung und der Familienförderung. Familiengeld weg, Krippengeld weg, Kindergartenzuschuss weg – Familienförderung: null! Auch wenn die Betriebskostenförderung durchaus ein bisschen steigt, wird die Säule der Familienförderung dadurch nicht besser. Am Ende zahlen also die Eltern die Versäumnisse dieser Politik der Bayerischen Staatsregierung. Wir reden lediglich von Umschichtung. Es fließt kein einziger Cent mehr ins System. Die Kitas werden künftig auch weiterhin strukturell unterfinanziert sein. Auch das wurde uns in unserer Anhörung vonseiten der Träger und vom Gemeinde- und Städtetag sehr deutlich kommuniziert.

Liebe Kolleg:innen, hinzu kommt, dass auch die Tagespflege und vor allem die Großtagespflege bedroht wird und dort der Zusammenbruch droht. Viele Tagespflegepersonen werden in existenzielle Not geraten. Was wird das Ende sein? – Ein Einbruch in der Tagespflege. Auch diese ist, wie ich betonen möchte, sehr wertvoll und wird von vielen Familien bewusst gewählt. Eine echte Kitagesetzreform ist also Lichtjahre entfernt. Wo genau bleibt der Bildungsboom? – Den gibt es nicht.

Was es auch nicht gibt, ist eine Entlastung hinsichtlich des Umgangs mit den Eltern. Diesbezüglich hätte ich mir zumindest eine wirklich ehrliche Kommunikation gewünscht. Statt Planungssicherheit und Unterstützung bei ohnehin hohen Lebenshaltungskosten bekommen sie von der Staatsregierung nur einen Eiertanz vorgeführt. Wir werden sehen, wie sich die Elternbeiträge entwickeln. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Elternbeiträge bei dieser anhaltenden strukturellen Unterfinanzierung steigen werden. Ihr Gesetz entfaltet also keine Wirkung. Sie verkaufen die Familien für dumm oder versuchen es zumindest.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Nun dürfen die Träger den Familien auch noch vermitteln, warum Sie politisch so handeln. Wir reichen Ihnen die Hand. Liebe Abgeordnete der FREIEN WÄHLER, wir haben einen Änderungsantrag zur heutigen Sitzung eingebracht, um zumindest den Elternbeitragszuschuss von 100 Euro zu erhalten. Wenn Ihnen dieser in der Säule der Familienförderung schon so wichtig ist, müssten Sie diesem Änderungsantrag eigentlich zustimmen.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Deswegen haben wir einen Änderungsantrag gestellt!)

Wenn Sie den zwölf Änderungsanträgen –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Frau Kollegin, auch Ihre Redezeit ist um.

Doris Rauscher (SPD): – der SPD nicht zustimmen, können wir das Gesetz heute leider nur ablehnen. Ich bitte um Unterstützung der SPD-Anträge.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Ulrike Scharf um das Wort gebeten. Bitte schön.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Letzten Donnerstag war ich im schönen Allgäu. Lieber Andreas Kaufmann, das ist immer eine Reise wert, vor allem, wenn man die Kinderkrippe "Hand in Hand" im Sonnendorf Rettenbach am Auerberg besuchen kann. Vor gut eineinhalb Wochen war ich im Kindergarten "St. Maria" in Fürstenzell in Niederbayern. So reiht sich Besuch an Besuch, um die Kinder vor Ort unter anderem für den gewonnenen Kreativwettbewerb auszuzeichnen. In jedem Regierungsbezirk gibt es einen Gewinner unserer Initiative "Bayern. Gemeinsam. Stark." Die Kinder zeigen dort ganz eindrucksvoll, wie sie Zusammenhalt und Vielfalt jeden Tag, Woche für Woche in der Obhut von großartigen Fachkräften und von helfenden Händen leben und erleben. Besonders beeindruckt haben mich die positive Stimmung, die freudigen Gesichter sowie der Stolz der Kinder auf sich selbst und die ansteckende Begeisterung der Erzieherinnen und Erzieher. Jeder, der dabei war – einige Kolleginnen und Kollegen waren mit mir vor Ort –, hat gespürt, wie viel Herzblut, wie viel Zuwendung und wie viele offene Ohren dort für jedes einzelne Kind da sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe diese Kitabesuche besonders betont an den Beginn meiner Rede gesetzt, um deutlich zu machen: Diese Arbeit unterstützen wir, und zwar aus voller Überzeugung.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben gehandelt, weil unsere Kitas und unsere Träger mehr finanzielle Mittel brauchen. Wir haben die Hilferufe gehört. Frau Kollegin Rauscher, wenn Sie sagen,

einfach mehr Geld ins System zu geben, helfe gar nichts, muss ich erwidern: Das ist schon eine etwas schlichte Argumentation.

(Michael Hofmann (CSU): Das ist richtig!)

Vor allem, da wir auch sehr stark an der Struktur des BayKiBiG gearbeitet haben. Darauf werde ich gleich noch kommen. Deshalb kam es auch zu der Richtlinienentscheidung, die Direktzahlungen an die Eltern in die Kitaförderung umzuschichten. Das ist wahrlich niemandem leichtgefallen. Das darf ich auch noch einmal betonen. Es ging darum, das Geld zwar nicht mehr direkt zu verteilen, aber es im System zu halten. Das war keine leichte Entscheidung, aber die Zeiten sind auch nicht einfach. Das Ergebnis zählt. Mit diesem Gesetz sichern wir in finanziell schwierigen Zeiten die Zukunftschancen unserer Kinder.

Ich möchte Ihnen ein paar Zahlen nennen: Uns stehen bis 2030 zusätzlich 3 Milliarden Euro für die Kitas zur Verfügung. Das ist eine Steigerung der einseitigen staatlichen Förderung um dauerhaft 25 %. Es finden pro Jahr 10.000 bürokratische Verfahren weniger statt – so viel also zu Ihrer Behauptung, durch dieses Gesetz würde sich an der Struktur nichts ändern. Die Finanzierung der Teamkräfte, der helfenden Hände, ist gesetzlich abgesichert und dynamisiert, einschließlich der Anpassung an Tarifsteigerungen. Auch die bereits angesprochene Kindertagespflege wird von uns zusätzlich einseitig gestärkt. Wir geben jährlich 4 Millionen Euro mehr aus, das heißt in Summe rund 45 Millionen Euro für die Kindertagespflege. Auch dieser Wert ist dynamisiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in enger Abstimmung mit allen Trägern im Bündnis für frühkindliche Bildung, das eine ständige Einrichtung bei uns im Ministerium ist, mit allen Playern, die wichtig sind, um Kinderbetreuung in die Zukunft zu führen, aber auch nach intensiven und sehr konstruktiven Debatten in den Fachausschüssen, nach einer sehr guten Expertenanhörung hier im Plenarsaal des Bayerischen Landtags – lieber Thomas Huber, Danke, dass du in deiner Rede aus dieser Anhörung zitiert hast – und nach den Entscheidungen im Ministerrat und innerhalb der Regierungskoalitio-

nen, nach 20 Jahren Erfahrung mit dem BayKiBiG können wir eines festhalten: Wir haben alle Interessen in die Balance gebracht. Der Gesetzentwurf ist ein großer Wurf. Wer Gegenteiliges behauptet, dem kann ich gerne noch Nachhilfe geben. Der Gesetzentwurf ist ein großer Wurf. Damit haben wir zwei unserer großen Ziele erreicht:

Erstens. Eine massive Vereinfachung und Entlastung. Der Gesetzentwurf bedeutet eine große Entlastung der Kommunen und Fachkräfte von Bürokratie und damit mehr Zeit für die Kinder. Auch das ist Qualitätssteigerung; denn es bleibt mehr pädagogisch wertvolle Zeit für unsere Kinder.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte eines noch einmal betonen. Wir alle und besonders diejenigen, die Kitas besuchen und mit Erzieherinnen und Erziehern sprechen, wissen, wie wichtig die helfenden Hände der gesetzlich garantierten Teamkräfte im Kita-Alltag sind. Dadurch steigt nicht nur die Zeit, in der pädagogisch gearbeitet werden kann. Dadurch, dass wir die Teamkräfte jetzt gesetzlich verankern, können sich alle Beteiligten absolut darauf verlassen: Ob der Hausmeister, die Dame in der Küche oder diejenigen, die zuhelfen – diese Stellen sind gesetzlich verankert und solide finanziert.

Zweitens. Es ist deutlich mehr Geld im System. Wie wir bereits gehört haben, haben wir bereits in diesem Jahr die staatliche Betriebskostenförderung um 280 Millionen Euro und damit um mehr als 10 % erhöht. Den Eltern möchte ich zurufen: Es ist wichtig und ein großer Mehrwert für Sie, dass die Sicherung eines vielfältigen und hochqualitativen Betreuungsangebots bleibt. Auch in schweren Zeiten tun wir wirklich alles dafür, dass sich Familien auf eine ortsnahe Betreuung und Bildung der Kinder verlassen können.

Das Gesetz ist ein Kraftakt des Staates, um unseren Kindern eine gute Zukunft zu ermöglichen – und das in hoher Qualität mit einem über die Jahre hinweg gesehen immer besseren Anstellungsschlüssel – wer das immer schlechtredet, dem kann ich gerne noch einmal die Zahlen liefern –, mit individueller Zuwendung und Förderung,

mit großartig engagierten Fachkräften, mit Sprachtraining und Logopädie, mit Kreativprojekten, musikalischer Grundbildung und Unterstützung in Problemlagen. Wenn Sie mit Erzieherinnen und Erziehern sprechen, werden Sie erfahren, dass sie gerade in schwierigen Problemlagen immer die ersten Ansprechpartner sind. – All das wird in unseren bayerischen Kitas geboten.

Wir können den Eltern versichern, dass diese zusätzlich ins System fließenden 3 Milliarden Euro auch dazu dienen, die Elternbeiträge sozialverträglich zu halten. Es kann aus unterschiedlichen Gründen zu Erhöhungen kommen. Alle, die kommunale Verantwortung tragen, kennen die Situation, wenn diese Themen auf die Tagesordnung kommen, die Heizkosten und die Mieten steigen. Wir kennen es alle, wenn vieles teurer wird. Aber eine Erhöhung der Elternbeiträge liegt in der Verantwortung der Kommunen und der Träger.Niemand kann und darf diese Erhöhung der Elternbeiträge mit dieser Reform begründen. Diese Redlichkeit gehört für mich auch zur demokratischen Verantwortung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke den Trägern und den Experten. Herzlichen Dank auch an die Fachsprecher, lieber Tom Huber und lieber Anton Rittel. Auch dir, liebe Melanie Huml, als Berichterstatterin danke ich. Mein Respekt und Dank gelten meinem Team im Ministerium. Hier wurde intensiv und viel gearbeitet. Ich danke auch dem Finanzminister und ganz besonders auch dem Ministerpräsidenten, der die Reform von Anfang an eng begleitet hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die frühkindliche Bildung ist das Herzstück unserer Familienpolitik. Die Botschaft dieser Reform ist klar: Staat und Kommunen arbeiten Hand in Hand für unsere Kinder in Bayern. Zeigen Sie mir ein anderes Bundesland, das drei Milliarden zusätzlich für die Kitas aufbringen kann. So sieht Zukunft in Bayern aus.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Opposition, man kann natürlich immer mehr fordern. Das ist vollkommen redlich. Man kann Aufgaben im Detail immer ganz genau beleuchten und muss natürlich auch nachfragen. Aber eine Bitte sei mir erlaubt – und das sage ich nicht mit Blick auf die guten Diskussionen in den Ausschüssen oder bei den Anhörungen der Experten: Wer immer nur alles schlechtredet, statt klar zu differenzieren, wer die Schuld immer nur anderen zuweist und Ausflüchte sucht, wer auf Lärm statt auf Sachlichkeit setzt, der muss bitte eine ganz einfache Wahrheit bedenken, nämlich: Schlechte Laune und dieses Schlechtreden sind Markenzeichen der Populisten von rechts und von links. Stimmen Sie als Demokraten der Mitte nicht in diesen Chor ein. Sie wären sonst in ganz schlechter Gesellschaft.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns neben allen technischen Fragen niemals vergessen, worum es wirklich geht: Unsere pädagogischen Fachkräfte machen unsere Kinder fit für die Welt im Wandel. Sie tun das mit so viel Herzblut. Sie geben mit viel Herzblut die demokratischen Werte unserer Verfassung an die nächste Generation weiter. Die Bayerische Verfassung wird heuer 80 Jahre alt. Wir alle können auf unsere freiheitliche demokratische Grundordnung und auf die Grundlagen unseres christlichen Menschenbildes stolz sein – und darum geht es im Kern. Zusammen mit den Eltern tragen die Kitafachkräfte die Fackel der Freiheit und Demokratie weiter – und das ist in dieser aufgewühlten Zeit bitter notwendig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir sehen, dass Deutschland im Ranking der Pisa-Studie und in anderen Bildungsstudien zurückfällt, wenn Kinder oft nicht gut oder nicht richtig Deutsch sprechen können, wenn oft nicht Werte des Zusammenlebens wirklich von sich aus gelebt werden und wenn die Kinder die Grundregeln von Anstand, von Rücksichtnahme und Respekt nicht kennen und damit auch für die Arbeitswelt von morgen nicht anschlussfähig sind, dann muss das uns alle umtreiben. Deshalb haben wir die verpflichtenden Sprachtests eingeführt. Deshalb haben wir in

der Schule den Verfassungsunterricht und die Wertebildung gestärkt. Deshalb bauen wir den Vorkurs Deutsch aus – das ist übrigens auch ein Qualitätsmerkmal einer Kita – und unterstützen mit unseren Familienzentren. Deshalb geben wir 3 Milliarden Euro zusätzlich in die Kitas. Deshalb stellen wir zusätzlich Lehrkräfte ein. Deshalb bringen wir zusammen mit den Kommunen den Ganztag und die Ferienbetreuung auf den Weg. All das verstehe ich unter "Bildungsboom". Wenn ich dann noch die 6 Milliarden Euro für die Hightech Agenda hinzuzähle, dann haben wir einen Bildungsboom.

Wer Familienpolitik in Bayern schlechtredet, dem darf ich das Ergebnis einer Studie vorlegen: Die Bevölkerung in ganz Deutschland sieht Bayern als familien- und kinderfreundlichstes Land an. Das sagt nicht die Staatsregierung, sondern das ist das Ergebnis einer Studie des Ifo-Instituts. Lieber Johannes Becher, es hilft nichts, wenn man schäumend vor Wut in dieses Plenum brüllt. Es ist schon vorher gesagt worden: Wer brüllt, hat sowieso Unrecht. Wir sind das Familienland Nummer eins und bleiben es auch. Selbst die Studien und Vergleiche zeigen das. Bayern ist das familien- und kinderfreundlichste Bundesland.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Unser Auftrag und unser Ziel sind vollkommen klar: starke Familien bedeuten ein starkes Bayern, und starke Kinder bedeuten ein starkes Bayern. Erinnern wir uns zurück: Die klugen und weisen Mütter und Väter unserer Verfassung haben dies genau vor 80 Jahren in wunderbare Worte gefasst, nämlich: "Kinder sind das köstlichste Gut eines Volkes." Sie haben gemahnt, nicht nur "Wissen und Können" zu vermitteln, sondern "Herz und Charakter" zu bilden. Diesen Auftrag nehmen wir an. Deshalb bitte ich heute herzlich um Zustimmung zu unserer Reform. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegen drei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Die erste ist vom Abgeordneten Franz Schmid von der AfD-Fraktion. Bitte schön.

Franz Schmid (AfD): Sehr geehrte Frau Staatsministerin, wir reden hier gar nichts schlecht; aber der Gesetzentwurf ist schlecht. Deswegen ist Kritik auch erlaubt. Sie haben die Expertenanhörung angesprochen und interessanterweise natürlich nur die Fürsprecher Ihres Gesetzes erwähnt. Ich weiß nicht, ob der Kollege Huber nicht zugehört hat; aber es gab auch zahlreiche Kritik. Ich möchte drei Kritiken beispielhaft nennen. Die Geschäftsführerin des Verbands katholischer Kindertageseinrichtungen e. V. Frau Dr. Alexa Glawogger-Feucht sagte – das ist das erste Zitat: Angesichts enger Finanzspielräume und fortbestehender Defizite wird es für die meisten Träger kaum einen anderen Weg geben, als die Beiträge für Eltern weiterhin zu erhöhen.

Eine Vertreterin des Bayerischen Roten Kreuzes sagte:

> "Solange ein finanzielles Defizit besteht, kann auch dieser umgewidmete Beitragszuschuss nicht an die Familien weitergereicht werden. Die Reform weckt da eine Erwartung, die wir so nicht einlösen können – nämlich stabile oder gar sinkende Elternbeiträge."

Dr. Manfred Riederle vom Bayerischen Städtetag erklärte: In vielen Kommunen wird es nicht umhingehen, dass das, was jetzt wegfällt, den Eltern zusätzlich in Rechnung gestellt wird.

Viele andere, unter ihnen auch zahlreiche Experten, finden Ihren Gesetzentwurf auch nicht gut und haben Kritik an ihm geübt. Ein aktuelles Beispiel aus Oberstdorf habe ich gerade im Internet gefunden. Dort werden die Kitagebühren jetzt von 35 auf 200 Euro erhöht – und das, noch bevor das Gesetz in Kraft getreten ist. Wie können Sie weiterhin sagen, dass die Elternbeiträge stabil bleiben?

(Beifall bei der AfD)

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Ich wundere mich über Ihre Bewertung, dieses Gesetz sei schlecht gemacht und diese Reform sei schlecht.

Der Eindruck, Sie haben überhaupt nicht verstanden, was in diesem Gesetzentwurf steht, wurde schon vorher geäußert. Aber sei‘s drum.

Ich glaube, es ist jetzt unsere gemeinsame Verantwortung als Abgeordnete, mit den Kommunen ins Gespräch zu kommen. Wir werden umfassende Informationen auch noch mal zur Verfügung stellen. Ich will an dieser Stelle auch dem Bayerischen Gemeindetag sehr herzlich danken, der heute seine Kommunen mit dem endgültigen Beschluss informieren wird. Das ist übrigens nicht die erste Information, dass man sich der Verantwortung bewusst ist und dass man vor allen Dingen auch die nötigen Berechnungen bzw. Kalkulationen anstellt, was zusätzlich vom Freistaat kommen wird und wie sich das auf die Kitas individuell auswirken wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die zweite Zwischenbemerkung ist von der Kollegin Doris Rauscher, SPD-Fraktion. Bitte schön.

Doris Rauscher (SPD): Frau Ministerin, zum einen möchte ich einfach loswerden: Ich finde es wirklich sehr schade, wenn sich hier demokratische Fraktionen bemühen, um das Beste am Ende herauszubekommen, dass sie dann irgendwie in eine populistische Ecke geschoben werden.

(Beifall bei der SPD)

Zum anderen: Es gibt drei Milliarden Euro mehr für die Kitas. Das ist richtig. Man muss aber auch feststellen: Genau dieses Geld geht von den Familien weg. Es gibt einen gesetzlichen Anspruch zur Kindertagesbetreuung. Also die Vorstellung, dass dann Kitas reihenweise hätten schließen müssen, ist einfach Quatsch.

Ich hätte noch eine Frage: Wieso drehen Sie nicht ein bisschen an der Stellschraube der Qualität, der Arbeitsbedingungen vor Ort, um wirklich etwas zu verbessern? Bei den Fachkräften und Kindern würde eine Verbesserung des Anstellungsschlüssels wirklich ankommen. Wieso hat man sich hier null Komma null bewegt? Weniger

Kinder, kleinere Gruppen, im übertragenen Sinne einfach ein besserer Anstellungsschlüssel – das würden auch die Fachkräfte spüren, und das würde jedem Kind und letztendlich auch den Familien zugutekommen. Wieso haben Sie das nicht angefasst?

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Liebe Kollegin, der Anstellungsschlüssel 1 : 11 ist eine Mindesthöhe, die wir im Gesetz so verankert haben. Die Wahrheit bzw. die Realität ist: Es wird jedes Jahr besser. Der Anstellungsschlüssel ist im Moment bei 1 : 9,06. Ich will damit sagen: Jedes Jahr verbessert sich der Anstellungsschlüssel. Das heißt, dass die Träger vor Ort ganz klar wissen, wie sie ihr Personal einteilen. Unsere Aufgabe ist es, mit dem Finanzierungsgesetz, mit dem BayKiBiG die finanziellen Grundlagen zu schaffen.

Liebe Frau Kollegin, da Sie die Arbeitsbedingungen ansprechen. Entschuldigung, ich glaube, Sie haben da im System etwas nicht verstanden. Der Freistaat Bayern ist nicht der Arbeitgeber für die Beschäftigten in der Kita, sondern das ist die Sache der Träger.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf der Abgeordneten Doris Rauscher (SPD))

– Deswegen haben wir doch genau diese vielen Richtlinien, die sich im Laufe der Jahre an das Haupthaus BayKiBiG entwickelt haben. Wir haben das nun alles in der gesetzlichen Förderung verankert. Auch die Teamkräfte sind gesetzlich verankert, sie sind dynamisiert. Damit steigen die Personalkosten infolge von Tariferhöhungen. Ich weiß gar nicht, was man daran nicht verstehen kann. Also alles, was bisher von den Trägern noch zusätzlich beantragt wurde – ob Sprach-Kitas oder Assistenzkräfte –, gibt es als solches nicht mehr. Es ist gesetzlich verlässlich verankert und somit auch finanziell sichergestellt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Für die dritte Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Kollegen Johannes Becher von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Johannes Becher (GRÜNE): Frau Ministerin, der Freistaat ist nicht Arbeitgeber, aber über die Finanzierung steuert er natürlich, welche Qualität in der Praxis tatsächlich ankommen kann.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Deswegen geben wir doch mehr Geld hinein!

Johannes Becher (GRÜNE): Insofern glaube ich, war die Zwischenfrage von Kollegin Rauscher fachlich schon richtig. Ich hätte noch eine Frage zu dem Thema der Großtagespflege: Ich habe einen Vorschlag gemacht, wie Sie in Ihrem neuen System bleiben können und wir trotzdem die Unsicherheit von den Großtagespflegen nehmen können. Ich beziehe mich auf die Großtagespflegen, die nach Artikel 20a gefördert sind, die jetzt nicht wissen, wie es ab 1. Januar finanziell bei ihnen weitergeht.

Sie sind selbst langjährige Kommunalpolitikerin. Sie wissen, wie die Haushaltsberatungen in der kommunalen Praxis ablaufen. Frühestens im Dezember wird man wissen, wie die finanzielle Lage im Januar ist. Warum hat man das nicht verschoben? Das Kitajahr geht nicht vom 1. Januar bis zum 31. Dezember, sondern vom 1. September bis zum 31. August. Warum hat man es nicht verschoben? Dadurch hätten alle genügend Zeit gehabt, eine vernünftige Lösung zu finden. Das ist die konstruktive Brücke, von der Sie sich gewünscht haben, dass sie gebaut wird. Leider sind Sie nicht darüber gegangen. Warum nicht?

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Lieber Johannes Becher, zur ersten Anmerkung: Großtagespflege und Tagespflege sind ein wichtiger Baustein in der Kinderbetreuung. Deshalb bleiben wir auch dabei, dass wir fördern. Wir erhöhen diese Förderung sogar noch um 10 %. Entscheidend ist, dass unser Gesetzentwurf bereits sehr lange veröffentlicht und bekannt ist. Die Betreiber der

Großtagespflege wissen das auch. Wir sind mit vielen auch im direkten Austausch. Es hat viele unmittelbare Gespräche gegeben. Von Verunsicherung zu sprechen, ist einfach nicht richtig.

(Johannes Becher (GRÜNE): Das stimmt dann nicht!)

– Naja, es gibt sogar persönliche Gespräche mit mir.

(Johannes Becher (GRÜNE): Mit mir auch!)

– Bitte! – Ich glaube, dass es auch bei dieser Reform wichtig war, die Dinge dorthin zu verorten, wo sie hingehören. Der Großtagespflege liegt das SGB VIII zugrunde, und deshalb ist es Sache der Kommunen vor Ort, die das im Übrigen als geübte Praxis mitbetreiben. Wir haben jetzt für Klarheit gesorgt.

In Bezug auf die Haushaltsjahre müssen wir in Kalenderjahren denken. Da hilft es nichts, wenn man eine neue zeitliche Schiene einbaut. Die Kommunen denken in Haushaltsjahren, und auch wir denken in Haushaltsjahren. Deshalb war es so wichtig, klar zu sagen: Wir nehmen den Bestand der Großtagespflegepersonen auf, wir fördern pauschal und legen sogar noch 10 % drauf. Auch hier gilt, dass wir jedes Jahr updaten. Sollte die Großtagespflege noch einmal 10 oder 100 Personen mehr bekommen, dann wird das auch von uns vergütet. Auch das ist gesetzlich verankert.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Gesetzentwurf der Staatsregierung auf Drucksache 19/11801, die Änderungsanträge der SPD-Fraktion auf den Drucksachen 19/12491 mit 19/12499 sowie 19/12503 mit 19/12505, der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/12541, die Änderungsanträge der AfD-Fraktion auf den Drucksachen 19/12609 mit 19/12614, die Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf den Drucksachen 19/12752 und 19/12917, die Beschlussempfehlung mit Bericht des fe-

derführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie auf Drucksache 19/12930 sowie der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/12947 und der ebenfalls zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/12978.

Zuerst lasse ich über den zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Beitragszuschuss zum Elternbeitrag erhalten" auf Drucksache 19/12978 abstimmen, zu dem namentliche Abstimmung beantragt wurde. Die Abstimmung wird elektronisch durchgeführt. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 14:03 bis 14:06 Uhr – Unruhe)

Die drei Minuten sind um. Ich möchte um etwas Ruhe bitten. Stellen Sie bitte die Gespräche ein.

Während das Abstimmungsergebnis ermittelt wird, fahren wir fort mit der einfachen Abstimmung über den zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Rechts- und Planungssicherheit für Tages- und Großtagespflege – Artikel 20 und 20a erst zum Ende des Kita-Jahres aufheben" auf Drucksache 19/12947.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der AfD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen! – Bei Stimmenthaltung der SPD. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Als Nächstes erfolgt die Abstimmung über die auf Ausschussebene zur Ablehnung empfohlenen 19 Änderungsanträge der Oppositionsfraktionen.

Ich lasse zuerst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Verbesserung des Anstellungsschlüssels" auf Drucksache 19/12497 abstimmen, zu dem eben-

falls namentliche Abstimmung beantragt wurde. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 14:08 bis 14:10 Uhr)

Die zwei Minuten sind vorbei. Während auch dieses Abstimmungsergebnis ermittelt wird, kommen wir zu zwei Änderungsanträgen der SPD-Fraktion, über die auf Wunsch der Initiatoren gesondert in einfacher Form abgestimmt wird.

Wir beginnen mit dem Änderungsantrag betreffend "Kinderschutz weiterhin im BayKiBiG gesetzlich verankern" auf Drucksache 19/12503.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der AfD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Liegen nicht vor. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Nun lasse ich über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Erhalt der bisherigen Rahmenbedingungen für die Kindertagespflege" auf Drucksache 19/12504 abstimmen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der AfD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Liegen nicht vor. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Die Fraktionen sind übereingekommen, dass über die verbleibenden Änderungsanträge gemeinsam abgestimmt werden soll. Zugrunde gelegt werden die jeweiligen Voten im federführenden Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im federführenden Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? – Liegen nicht vor. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Das heißt: Diese Änderungsanträge sind abgelehnt.

Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmungen über den zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Beitragszuschuss zum Elternbeitrag erhalten" auf Drucksache 19/12978 bekannt. Mit Ja haben 39, mit Nein 90 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Enthalten haben sich 26 Kolleginnen und Kollegen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Damit komme ich zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den zweiten Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Verbesserung des Anstellungsschlüssels" auf Drucksache 19/12497 bekannt. Mit Ja haben 38, mit Nein 122 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Damit kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Gesetzentwurf auf Drucksache 19/11801. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe, dass mehrere Änderungen durchgeführt werden. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses mit der Maßgabe zugestimmt, dass weitere Änderungen durchgeführt werden. Im Einzelnen verweise ich hierzu auf Drucksache 19/12930. Zudem wird vorgeschlagen, in § 5 Nummer 2 Buchstabe a vor der Angabe "durch" die Angabe "wird" einzufügen.

Wer dem Gesetzentwurf mit den empfohlenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion und die FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte anzeigen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD – und AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Liegen nicht vor. So beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der soeben beschlossenen Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – CSU-Fraktion, Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD – und AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Liegen nicht vor. Das Gesetz ist damit angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung haben die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/12752 und 19/12917 ihre Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.07.2026 zu Tagesordnungspunkt 13 - Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Drs. 19/11801) -, Änderungsantrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion SPD (Drs. 19/12978)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin			X
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter			
Arnold Horst			
Artmann Daniel		X	
Atzinger Oskar	X		
Bäumler Nicole			
Bauer Volker		X	
Baumann Jörg	X		
Baumgärtner Jürgen			
Baur Konrad		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Becher Johannes			X
Becker Barbara		X	
Dr. **Behr** Andrea		X	
Behringer Martin		X	
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz	X		
Bernreiter Christian			
Birzele Andreas			X
Blume Markus			
Böhm Martin	X		
Böltl Maximilian			
Bozoglu Cemal			X
Brannekämper Robert		X	
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Brunnhuber** Martin		X	
Dr. **Büchler** Markus			X
Celina Kerstin			X
Deisenhofer Maximilian			X
Demirel Gülseren			X
Dierkes Rene	X		
Dierl Franc		X	
Dr. **Dietrich** Alexander		X	
Dietz Leo		X	
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Eberwein Jürgen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Ebner** Stefan			
Ebner-Steiner Katrin	X		
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Fackler Wolfgang		X	
Fehlner Martina	X		
Feichtmeier Christiane	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Freudenberger Thorsten		X	
Friedl Patrick			X
Friesinger Sebastian		X	
Frühbeißer Stefan		X	
Fuchs Barbara			X
Füracker Albert			
Gerlach Judith			
Gießübel Martina		X	
Glauber Thorsten			
Gmelch Christin	X		
Goller Mia			X
Gotthardt Tobias			
Graupner Richard	X		
Grießhammer Holger	X		
Grob Alfred		X	
Groß Johann			
Gross Sabine	X		
Grossmann Patrick		X	
Guttenberger Petra		X	
Halbleib Volkmar			
Halemba Daniel	X		
Hanna-Krahl Andreas			
Hartmann Ludwig			X
Hauber Wolfgang		X	
Heinisch Bernhard			
Heisl Josef		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Hierneis Christian			X
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin	X		
Huber Martin Andreas		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas	X		
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			X
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia			X
Köhler Florian	X		
Kohler Jochen		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne			
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva			X
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar	X		
Locke Felix		X	
Löw Stefan	X		
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph			
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd	X		
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Meier Johannes			
Meußgeier Harald	X		
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			X
Mittag Martin			
Müller Johann	X		
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena			X
Pargent Tim			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard			
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna	X		
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena	X		
Rosenberger Martin		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha			
Schöffel Martin			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schramm Johanna		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			X
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian			X
Singer Ulrich	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula			X
Stadler Ralf	X		
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona	X		
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus	X		
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif			
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			X
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	X		
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von **Waldenfels** Kristan		X	
Waldmann Ruth			
Weber Laura			X
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland		X	
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas	X		
Zellmeier Josef			
Zierer Benno		X	
Freiherr von **Zobel** Felix		X	
Zöller Thomas			
Zwanziger Christian			X
Gesamtsumme	39	90	26

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.07.2026 zu Tagesordnungspunkt 13 - Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Drs. 19/11801) -, Änderungsantrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion SPD (Drs. 19/12497)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter			
Arnold Horst			
Artmann Daniel		X	
Atzinger Oskar		X	
Bäumler Nicole			
Bauer Volker		X	
Baumann Jörg		X	
Baumgärtner Jürgen			
Baur Konrad		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Dr. **Behr** Andrea		X	
Behringer Martin		X	
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz		X	
Bernreiter Christian			
Birzele Andreas	X		
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Böltl Maximilian		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Brunnhuber** Martin		X	
Dr. **Büchler** Markus	X		
Celina Kerstin	X		
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dierkes Rene		X	
Dierl Franc		X	
Dr. **Dietrich** Alexander		X	
Dietz Leo		X	
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Eberwein Jürgen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Ebner** Stefan		X	
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Fackler Wolfgang		X	
Fehlner Martina	X		
Feichtmeier Christiane	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Freudenberger Thorsten		X	
Friedl Patrick	X		
Friesinger Sebastian		X	
Frühbeißer Stefan		X	
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert			
Gerlach Judith			
Gießübel Martina		X	
Glauber Thorsten			
Gmelch Christin		X	
Goller Mia	X		
Gotthardt Tobias			
Graupner Richard		X	
Grießhammer Holger	X		
Grob Alfred		X	
Groß Johann			
Gross Sabine	X		
Grossmann Patrick		X	
Guttenberger Petra		X	
Halbleib Volkmar			
Halemba Daniel		X	
Hanna-Krahl Andreas			
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Heinisch Bernhard			
Heisl Josef		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Hierneis Christian	X		
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul	X		
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne			
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph			
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Meier Johannes			
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin			
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard			
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna	X		
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Rosenberger Martin		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha			
Schöffel Martin			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schramm Johanna		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von **Waldenfels** Kristan		X	
Waldmann Ruth			
Weber Laura	X		
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland		X	
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von **Zobel** Felix		X	
Zöller Thomas			
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	38	122	0